

E 145 - NR/XVII.GP.**EntschlieÙung**

des Nationalrates vom 14. März 1990

anläÙlich der Verhandlung des Berichtes des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Antrag 322/A der Abgeordneten Elmecker, Burgstaller und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das PaÙgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969 und das Fremdenpolizeigesetz geändert werden (1213 der Beilagen)

Die Probleme der neuen Wanderungsbewegungen sind derart komplex, daÙ sie über den Kompetenzbereich des Bundesministers für Inneres weit hinausreichen.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert in enger Kooperation auf interministerieller Ebene:

1. auf ein reibungsloses Zusammenwirken aller Gebietskörperschaften zur Bewältigung der Probleme des Asylwerber- und Auswandererzustromes bedacht zu sein und
2. für ein Eintreten der Staatengemeinschaft in die gemeinsame Verantwortung im Dienste der Menschenrechte und der internationalen Solidarität hinzuwirken.